

BEIRAT HEMELINGEN

Niederschrift über die öffentliche Beiratssitzung

Sitzungstag: 06.03.2008	Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr	Sitzungsende: 21:20 Uhr	Sitzungsort: Ortsamt Hemelingen Sitzungssaal
----------------------------	------------------------------	----------------------------	--

Anwesend waren:

Vom Ortsamt:

Herr Ullrich Höft

Herr Theodor Dorer

Vorsitzender

Schriftführer

Vom Beirat:

Herr Gerhard Arndt

Frau Ruken Aytas

Herr Ralf Bohr

Frau Hannelore Freudenthal

Herr Andreas Hipp (ab 20:40)

Herr Heinz Hoffhenke

Herr Kai Hofmann

Frau Christa Komar

Frau Christa Nalazek

Herr Karl-Heinz Otten

Frau Dorothee Persson

Herr Christian Rengstorf

Herr Peter Riedel

Frau Anke Ritter

Frau Sieglinde Rosenthal

Herr Matthias Roßberg

Herr Ingo Tebje

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, begrüßte die Erschienenen und stellte fest, dass die Einladung frist- und formgerecht dem Beirat zugegangen ist.

Tagesordnung:

1. Niederschrift vom 07.02.08
2. Fragen Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten
3. Vorstellung des Armutsberichts der Arbeitnehmerkammer
4. Verschiedenes

TOP 1:

Niederschrift vom 07.02.08

Die Niederschrift vom 07.02.2008 wurde genehmigt

TOP 2:

Fragen Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Herr Buchenau fragt, ob zukünftig an öffentlichen Gebäuden -wie z.B. dem umgebauten KuBiKo- der Einsatz von Solaranlagen geplant ist. Für das KuBiKo ist eine solche Maßnahme nicht geplant.

Herr Bolte fragt nach dem Planungsstand für die Sanierung der Arberger Heerstraße. Dem Ortsamt liegen dazu keine neuen Informationen vor, die Maßnahme wurde aber vom Beirat in die Prioritätenliste Straßensanierung aufgenommen.

TOP 3:

Vorstellung des Armutsberichts der Arbeitnehmerkammer

Frau Heyduck (Arbeitnehmerkammer) und Herr Schlichting (Statistisches Landesamt) stellen dem Beirat den Armutsbericht der Arbeitnehmerkammer Bremen vor.

Der Bericht wird an die Beiratsmitglieder verteilt, es wird insbesondere auf folgende Auffälligkeiten hingewiesen:

Aufschwungbedingt hat sich in Bremen die Arbeitslosenzahl um 10.000 reduziert. Demgegenüber gibt es aber bei den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lediglich eine Zunahme von 6.000. Davon sind 3.000 in sogenannten „Normalbeschäftigungsverhältnissen“ und 3.000 in Zeitarbeitsfirmen beschäftigt.

Der Anteil der in SGB II Haushalten lebenden Kinder steigt mit abnehmendem Alter.
Anteil bei den 0 –3 jährigen: 37,8%
Anteil bei den 3 –6 jährigen: 32,0%

Die Altersarmut steigt tendenziell, da aufgrund längerer Zeiten der Arbeitslosigkeit geringere Renten gezahlt werden.

Bei der Ausländerarmut gibt es herkunftsbedingt große Unterschiede. Dies liegt an der unterschiedlichen Qualifizierung in den Herkunftsländern, sie ist in den Nordeuropäischen Ländern tendenziell höher als im Mittelmeerraum.

Der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund ist in den Ortsteilen stark schwankend. Er beträgt z.B. in Hastedt 14,89 %, in Hemelingen dagegen 22,6 %.

Herr Rossberg weist auf den Zusammenhang von Bildung und Armut hin und mahnt ein Schulkonzept für Hemelingen an.

Frau Komar wünscht sich eine optimale Ausstattung der Kindertagesheime und dass alle vorhandenen Schulen in Hemelingen bestehen bleiben.

Frau Aytas fragt, welche Forderungen an die Politik sich aus dem Armutsbericht ergeben.

Antwort: Ursache für Armut sind schlechte Bildung, mangelnde Qualifikation und der soziale Hintergrund. Diese Hemmschwellen gilt es abzubauen.

Frau Komar verweist auf die durch Mittelkürzungen eingeschränkten Angebote für Jugendliche, Schule und Freizeit.

Herr Tebje stellt fest, dass die Bildungspolitik der Grundstein ist, um soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen.

Frau Heyduck betont die Wichtigkeit von Bildungsmöglichkeiten, weist aber auch auf die mit diesen Möglichkeiten fehlenden Arbeitsplätze hin. Der Aufschwung der letzten Jahre hat in Bremen überwiegend Arbeitsplätze in Leih- u. Zeitarbeit geschaffen, diese gehen jedoch in einer Rezession als erstes wieder verloren. Bei den Hartz IV Empfängern kommt die Konjunktur nicht an, weil Arbeitsplätze selten mit ihnen besetzt werden.

Es gibt zwei Grundprobleme:

1. Soziale Problemlagen lassen sich im Großen und Ganzen nicht umdrehen
2. Soziale Komponenten wie mangelnde Bildung, benachteiligter Stadtteil u. Migrationshintergrund kumulieren sich in den problematischen Ortsteilen

Die Aufstockung von sozialen Mitteln wie WiN und Soziale Stadt durch Landesmittel ist dringend erforderlich, für Stadtteilpolitik sollten Stadtteilbudgets zur Verfügung stehen.

Herr Buhr verweist auf den Zusammenhang zwischen Reichtum und Armut sowie Bildung und Nichtbildung. Die Schulreformen seit 1962 haben nicht zur Verbesserung des Bildungsniveaus an staatlichen Schulen geführt.

Frau Aytas fragt nach Vorschlägen, um die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden. Frau Heiduk möchte hierfür z.B. Schulen in problematischen Stadtteilen durch eine gute Ausstattung attraktiver machen.

Herr Otten verweist auf die bestehenden Schulgrenzen.

Herr Arndt betont die Wichtigkeit von WiN und Globalmitteln, bemängelt aber, dass diese immer mehr für Regelaufgaben herangezogen werden. Er fordert deshalb die Einführung von Stadtteilbudgets und deren Finanzierung notfalls auch durch entsprechende Einsparungen bei der Wirtschaftsförderung.

Herr Schlichting verweist darauf, dass eine Verbesserung der Entwicklung langfristig über Integration erfolgen kann. Diese findet überwiegend in Schule und Berufswelt statt.

Herr Rossberg befürwortet die Forderungen der Arbeitnehmerkammer und fragt nach möglichen Empfehlungen an den Beirat.

Herr Bolte verweist als entscheidende Faktoren für eine Verbesserung des Bildungsniveaus auf die Ausstattung mit Schulmitteln aber auch auf die frühkindliche Erziehung.

Frau Ritter betont die Wichtigkeit von Bildung von Migrantenkinder und die Unterbewertung der Hauptschule.

Herr Hermening stellt fest, dass der Beirat soziale Maßnahmen in der Vergangenheit unterstützt hat. Er fordert die weitere Förderung von Arbeitsplätzen und sozialen Maßnahmen.

Frau Rosenthal fordert die Unterstützung des Beirats für Stadtteilprojekte ein.

Herr Tebje stellt fest, dass die Bewältigung der dargestellten Probleme vor allem Geld kostet und durch mehr Beschäftigung nicht unbedingt die Armut zurück geht. Er fordert eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Ressourcen.

Frau Heyduck schlägt vor, die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger mehr zu nutzen um Sparmaßnahmen zu verhindern. Unterstützung dabei könnte durch eine Konferenz der besonders betroffenen Ortsteile erfolgen.

TOP 4: **Verschiedenes**

Herr Hoffhenke weist auf die in jüngster Zeit aufgetretenen Probleme bei der Zuwegung zum Schlossparkbad sowie der Verlagerung der dort vorhandenen Parkplätze. Durch das seit kurzem ausgeschilderte Durchfahrtsverbot für Kraftfahrzeuge im Fuß- u. Radwegbereich ist die Zufahrt nur noch über die Fritz-Scherer-Strasse möglich.

Die Bäder GmbH hat gegenüber dem Amt f. Straßen und Verkehr auf die schlechte Ausschilderung der Zufahrtsmöglichkeit über die Mercedes Strasse hingewiesen. Die Verkehrsregelung soll an einem Ortstermin überprüft werden, eine anschließende Befassung im Bauausschuss ist vorgesehen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass das bestehende Durchfahrtsverbot zwischen Polizei und Amt für Straßen und Verkehr abgestimmt ist. Stadtgrün und Stadtplanung arbeiten an einem Konzept zur Kanalisierung der Konflikts. Im Rahmen einer Übergangsregelung steht die Festwiese als Parkplatz zur Verfügung. Das erarbeitete Konzept soll vor Beginn der Freibadsaison im Bauausschuss behandelt werden.

Herr Rossberg weist darauf hin, dass diese rechtswidrige Situation –befahren von Rad- u. Fußwegen durch Kraftfahrzeuge- seit 25 Jahren besteht und nunmehr geregelt werden muss. Er schlägt vor, das Konzept von Stadtgrün und Stadtplanung abzuwarten.

Herr Bohr stellt fest, dass eine Regelung der Verkehrssituation längst überfällig ist und schlägt vor, dass sich der Bauausschuss mit den weiteren Planungen befasst.

Herr Hipp betont, dass kein illegales Verhalten legitimiert sondern eine für alle Verkehrsteilnehmer befriedigende Lösung gefunden werden soll. Die jetzt aufgestellten Verbotsschilder sollen keine Vorablösung zementieren.

Herr Bohr berichtet aus der Arbeit der Fluglärmkommission und schlägt dem Beirat für die Fraktion Bündnis90 / DIE GRÜNEN den folgenden Antrag zur Abstimmung vor:

Der Beirat fordert vom Senator für Wirtschaft und Häfen, vom Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa und der Fluglärmkommission (FLK) folgendes:

1. Um mehr Transparenz in die Arbeit der Fluglärmkommission zu bringen, sollen die Sitzungen der FLK zukünftig öffentlich stattfinden und somit für die Bürger zugänglich sein. Die Geschäftsordnung der Fluglärmkommission für

den Verkehrsflughafen Bremen ist dahingehend zu ändern, dass die Sitzungen der FLK öffentlich sind.

2. Die abgelehnten Anträge auf Ausnahmegenehmigungen für Nachtflüge sollen dokumentiert werden und den Mitgliedern der FLK zur Verfügung gestellt werden.
3. Die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Nachtflüge soll ausschließlich durch die Genehmigungsbehörde erfolgen.
4. Die Anzahl der Flugbewegungen in der Nacht (22:00 bis 06:00 Uhr) muss drastisch reduziert werden. Ein mindestens achtstündiger Zeitraum ist von Flugbewegungen freizuhalten.

Der Antrag wird mit 17:0 Stimmen angenommen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, beendet der Vorsitzende um 21:20 Uhr die Beiratssitzung.

gez. Höft
Vorsitzender

gez. Kennard
Sprecherin

gez. Dorer
Schriftführer